

## Niederschrift (Öffentlicher Teil) Sitzung des Bürgerforums

---

**Sitzungstermin:** Dienstag, 09.09.2025  
**Sitzungsbeginn:** 18:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 22:07 Uhr  
**Raum, Ort:** Sitzungssaal des Rates, Rathaus

---

### Anwesenheitsliste

#### Anwesend

##### Vorsitz

#### Name

Mathias Dopatka

#### Bemerkung

##### Gremienmitglieder

#### Name

Johannes Hucke

Caline Strack

Hilde Scheidt

Renate Wallraff

Karl Zeiss

Silke Bergs

Harald Baal

Hans Leo Deumens

Iris Witt

Christa Kerinnis

Alexandra Radermacher

Frank Hansen

Marianne Conradt

Herbert Hilgers

Brigitte Klostermann

Wilhelm Paul Depenbrock

Ruslan Pivovarov

#### Bemerkung

Vertretung für: Aline Malou Nüttgens

Vertretung für: Hans Peter Kehr

Vertretung für: Andrea Derichs

Vertretung für: Karin Schmitt-Promny

##### Mitarbeiter der Verwaltung

#### Name

Frauke Burgdorff

Sabrina Hoenen

Sibylle Keupen

Tobias Larscheid

#### Bemerkung

**Name**

Marion Linnenbrink  
Doreen Stärk-Meuser

**Bemerkung**Schritführung**Name**

Hina Khan

**Bemerkung****Abwesend**Gremienmitglieder**Name**

Aline Malou Nüttgens  
Hans Peter Kehr  
Andrea Derichs  
Wolfgang Palm  
Karin Schmitt-Promny

**Bemerkung**

entschuldigt  
entschuldigt  
entschuldigt  
entschuldigt  
entschuldigt

Gäste:

Keine

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

<b>TOP</b>	<b>Betreff</b>	<b>Vorlage</b>
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschriften	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.06.2025	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Kinderforums vom 09.07.2025	
3	Fragestunde für Einwohner*innen	
4	Anregungen und Beschwerden nach § 24 Gemeindeordnung NW	
4.1	„Fußgängerüberwege auf der Oppenhoffallee einrichten“ der AG Mobilität des Frankenb(u)erger e.V.	<b>FB 68/0256/WP18</b>
4.2	Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus in Aachen; Bürgerantrag nach § 24 GO NRW vom 17.01.2025	<b>E 42/0230/WP18</b>
4.3	Bürger*innenantrag: Wilder Müll im Ostviertel	<b>E 18/0291/WP18</b>
4.4	Flexibilisierung der Sondernutzungsgenehmigung Außengastronomie; Bürgerantrag nach § 24 GO NRW vom 25.02.2025 Es wird zum Sachstand Sondernutzungssatzung sowie Leitlinien Außengastronomie berichtet - Tagesordnungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und SPD vom 12.08.2025 - Bürgerforum am 9. September 2025 "Anregung zur Flexibilisierung der Sondernutzungsregelungen für die Außengastronomie für eine lebenswerte und attraktive Innenstadt"	<b>FB 61/1144/WP18</b>
5	Mitteilungen der Verwaltung	
6	Verschiedenes	

## **Protokoll Öffentlicher Teil**

### **Zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende des Bürgerforums, Herr Dopatka, eröffnet die Sitzung um 18:07 Uhr und begrüßt das Publikum herzlich. Für alle, die erstmals teilnehmen, erläutert er das Prinzip des Bürgerforums.

### **Zu 2 Genehmigung der Niederschriften**

#### **Zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.06.2025**

Das Bürgerforum genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 24.06.2025 mit 2 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit.

#### **Zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Kinderforums vom 09.07.2025**

Das Bürgerforum genehmigt die Niederschrift des Kinderforums am 09.07.2025 mit 3 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit.

### **Zu 3 Fragestunde für Einwohner\*innen**

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldungen.

### **Zu 4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 Gemeindeordnung NW**

**Zu 4.1 „Fußgängerüberwege auf der Oppenhoffallee einrichten“ der AG Mobilität des Frankenb(u)erger e.V.  
ungeändert beschlossen  
FB 68/0256/WP18**

Christoph Lenssen (AG Mobilität im Frankenberger Viertel e. V.) stellt den Antrag anhand einer Präsentation vor, diese wird mit der Niederschrift in Allris zur Verfügung gestellt.

Im Fokus seiner Erläuterungen steht die Verkehrssituation auf der Oppenhoffallee. An Einmündungen/regulären Querungsmöglichkeiten, wie bspw. der Roonstraße, beträgt die Länge der Querung ca. 25 Meter. Trampelpfade im Mittelstreifen verdeutlichen den Bedarf an Querungsmöglichkeiten. Die Antragstellenden halten diese irregulären Querungen insbesondere für Kinder, Menschen mit Behinderung und Senior\*innen für viel zu gefährlich oder gar unmöglich. Aktuell entstehen Umwege von mehr als fünf Minuten, wenn man sich von regulärer Querungsmöglichkeit zur nächsten bewegt. Zudem sind die Gehwege häufig weniger oder gar nicht barrierefrei. Lenssen verweist auf § 39 StVO (Leichtigkeit des Verkehrs) und übergibt 169 in seiner Sache gesammelte Unterschriften an die Geschäftsführerin des Bürgerforums.

Herr Larscheid, Verkehrsexperte der Stadt Aachen, erkennt die Ausführungen der Antragstellenden an. Aus der Verwaltungsvorlage wird ersichtlich, dass auch der Fachbereich Mobilität und Verkehr den Ausführungen der Antragstellenden mehrheitlich zustimmt. Herr Larscheid zeigt auf, dass bereits eine tiefgreifende Prüfung der Verkehrssituation auf der Oppenhoffallee im Jahr 2008 vorgenommen wurde. Er stellt außerdem mehrere grundsätzliche Möglichkeiten zur Überquerung einer Straße, anhand einer Präsentation vor. Diese wird mit der Niederschrift in Allris zur Verfügung gestellt. Er erklärt, dass Zielbewegungen betrachtet und Umwege bewertet wurden.

Herr W., Anwohner im Frankenberger Viertel, betont, dass egal welche Art Überwegung gebaut wird, die Querungshilfen sicher sein und gefährliche Querungen vermieden werden müssen. Er fordert, den heutigen Antrag in die zuständigen Ausschüsse zu verweisen um einen Beschluss zu erwirken. Die vorliegende Planung ist schon viele Jahre alt. Warum geht es nicht vorwärts?

Herr Baal betont die Bedeutung der Verkehrssicherheit mit Fokus auf Zu Fußgehende. Er schlägt vor, dass Verwaltung und Politik gemeinsam einen Beschluss fassen sollen, um die vier bestehenden Überquerungen, sowie die drei neuen im Vorschlag der Verwaltungsvorlage, zu bewerten, wobei die Barrierefreiheit jeder Überquerung berücksichtigt werden muss. Dabei wünscht er eine genaue Prüfung welche Überquerungsmöglichkeiten überhaupt für die spezielle Situation in der Oppenhoffallee geeignet sind. Eine weitere Mittelinsel scheint nicht sinnvoll, geschweige denn immer möglich. Er empfiehlt, die Gesamtsituation im Kontext zu betrachten, sowohl Ausgangs- als auch Endpunkte der Fußwegbewegungen.

Frau Scheidt spricht die Mobilitätswende an und bezeichnet Fußgänger\*innen als die schwächste Gruppe im Straßenverkehr, die den meisten Gefahren ausgeliefert sind. Sie spricht sich dafür aus, zusätzliche Querungen für die Oppenhoffallee zu schaffen, um die Leichtigkeit des Verkehrs zu erhöhen. Dabei gibt sie zu bedenken, dass auch bspw. an der GGS Malmedystraße bis heute kein Zebrastreifen vorhanden ist, obwohl Bedarf und Notwendigkeit bestehen und kommuniziert wurden. Für sie steht die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden vor den Kosten und sie plädiert für eine schnelle Bearbeitung des Anliegens in der Bezirksvertretung Aachen Mitte, da der Zeitraum seit der Bedarfsanmeldung im Jahr 2008 deutlich zu lang ist.

Herr K., ein Aachener Bürger fragt, ob der Zebrastreifen starke Rechte für die Fußgänger aufweise. Gesetz des Falles es geschehe ein Unfall, wer ist dann der Schuldige? Der Fußgänger der den Zebrastreifen überquert oder der Rad- bzw. Autofahrer der ihn anfährt? Herr Larscheid erwidert, dass er als Verkehrsplaner kein Jurist sei, aber darauf hinweisen kann, dass es Unterschiede bei der Bevorrechtigung von Querungen gibt. Er empfiehlt, die

Nachfrage beim Rechtsamt zu klären.

Frau Rademacher befürwortet den Antrag und hat eine Rückfrage an die Verwaltung bezüglich des Antrags zum Radstreifen in der Oppenhoffallee, der entfernt werden soll. Zusätzlich schlägt sie vor die gesamte Oppenhoffallee als Tempo-30-Zone einzurichten.

Herr Deumens befürwortet den Antrag und betont, dass zu Fuß gehen die umweltfreundlichste Art der Mobilität ist. Er beschreibt jedoch das Problem, dass die Barrierefreiheit insbesondere an Tagen der Müllabfuhr nicht gewährleistet ist, was insbesondere Menschen mit eingeschränkter Mobilität vor Herausforderungen stellt.

Herr Dopatka übergibt das Wort erneut an Herrn Larscheid. Dieser antwortet in Richtung Frau Rademacher, dass der genannte Antrag zum Radstreifen in Bearbeitung ist, sich aber vom Thema Überquerungen deutlich unterscheidet. Eine Überquerung der Oppenhoffallee, die Barrierefreiheit der Gehwege, wie auch die Verbreiterung der Gehwege im Längsverkehr sind völlig unterschiedliche Themen. Zum Thema Tempo 30 erklärt er, dass die Oppenhoffallee derzeit mit 50 km/h als Hauptverkehrsstraße ausgewiesen ist. Die Einbindung in Tempo-30-Zonen sei an Notwendigkeiten und Bedingungen gebunden. Das Streckengebot von 30 km/h sei neuerdings einfacher umzusetzen, aber dennoch mit Bedingungen verbunden. Die Stadt Aachen ist dem Bündnis „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“, dass sich für mehr Tempo 30 in Städten einsetzt, beigetreten, allerdings wurde dies in der StVO noch nicht übernommen.

Frau Burgdorff ergänzt, dass auf der Oppenhoffallee viele Parkplätze nötig seien. Derzeit dient die Oppenhoffallee außerdem als Hauptverkehrsstraßennetz für die ASEAG. Der Rat hat die Verwaltung mit der Beschleunigung der Fahrtzeiten der ASEAG beauftragt. Seit 2019 gibt es den parallel zur Oppenhoffallee verlaufenden Premiumfußweg Bismarckstraße. Die Oppenhoffallee nimmt eine wichtige Aufgabe im Verkehrsnetz ein. In diesem Fall steht der Busverkehr und das Vorankommen der PKW im Vordergrund. Weiterhin erörtert sie, dass das Links-vor-Rechts-Prinzip einer Tempo-30-Zone dort im Weg stehe.

Herr W. Bürger, merkt an, dass in der Josefstraße und in Eilendorf bereits Tempo-30-Zonen eingerichtet wurden, in denen das Tempo-30-Limit gilt, ohne dass das Schema „Links vor Rechts“ Anwendung findet.

Frau Burgdorff äußert, dass eine Tempo 30-Zone zur Regel „Rechts vor Links“ führe. Man unterscheide dies im Gegensatz zu einer Streckenverordnung, insofern habe Herr W. recht. Sie bestätigt, dass Fußgängern in der Verkehrsplanung eine starke Berücksichtigung angedeihen muss. Zudem betont sie, dass man die anstehenden Bauarbeiten, insbesondere die des Fernwärmeausbaus, entsprechend berücksichtigen muss.

Ein weiteres Mitglied der Frankenbürger fordert, dass die richtige Auswahl der Querungshilfe von der Verwaltung geklärt werden soll. Zudem ist er der ebenfalls der Ansicht, dass der Verkehr insgesamt nicht behindert werden darf. Dennoch sieht er eine Durchgangs Geschwindigkeit von 50 km/h als zu schnell an und empfindet dies als Gefahr für Fahrradfahrende.

Frau G., Bewohnerin im Frankenberger Viertel, fordert, dass bei der Verkehrsplanung und Stadtentwicklung nicht nur Sicherheit und Komfort beachtet werden, sondern auch mehr Verbindungen zwischen den Stadtteilen geschaffen werden sollen. Dabei sollen insbesondere die Grünflächen besser miteinander vernetzt werden. Sie bittet die Verwaltung, den entsprechenden Rahmenplan von 2017 in ihren Planungen zu berücksichtigen, um diese Ziele umzusetzen.

Frau K., Aachener Bürgerin, betont die Gefahr für Kinder bei der Überquerung der Oppenhoffallee und verweist auf ein Bild in der Präsentation der Frankenbürger. Sie hebt hervor, dass die Barrierefreiheit der Bürgersteige gewährleistet sein muss und dass Umwege durch enge Bürgersteige nicht zumutbar sind.

Herr Hansen fordert ein ausgewogenes Verhältnis in der Verkehrsplanung und betont, dass die Oppenhoffallee auch eine Verbindungslinie darstellt. Vor allem seit der Sperrung der Bismarckstraße und die daraus resultierende Verlagerung des Verkehrs. Zudem fordert er, dass die Attraktivität des ÖPNV weiter gefördert werden muss.

Frau Strack freut sich über den Zuspruch für Barrierefreiheit. Als Mitglied der Kommission für barrierefreies Bauen bittet sie darum, bei der Planung die unterschiedlichen Arten von Behinderungen zu beachten, um eine um-

fassende und inklusive Zugänglichkeit sicherzustellen. Die Kommission für barrierefreies Bauen steht jederzeit beratend zur Verfügung. Man müsse sich nur melden.

Herr Dopatka, Vorsitzender und ehemaliger Bewohner der Oppenhoffallee, bestätigt, dass schon aufgrund der Enge der Hauptstraße vermehrt der Mittelstreifen überquert wird. Als mögliches Angebot schlägt er vor, die dauerhaften Baustellen der Straßen zu nutzen und die Maßnahmen frühzeitig mit den Bürger\*innen vor Ort abzustimmen. Dies sollte allerdings nicht zu Verzögerungen führen, sondern lediglich ein zusätzliches Angebot darstellen.

#### **Beschluss:**

Das Bürgerforum nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung die Planungen zu vertiefen und diese der Bezirksvertretung Aachen-Mitte und dem Mobilitätsausschuss zur weiteren Beratung vorzulegen

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig angenommen

Anlage 1            Präsentation Frankenbuenger e.V.  
Anlage 2            FB68\_Präsentation Oppenhoffallee

#### **Zu 4.2      Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus in Aachen; Bürgerantrag nach § 24 GO NRW vom 17.01.2025                  geändert beschlossen                  E 42/0230/WP18**

Elisabeth Paul (Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Aachen e. V.) stellt den Antrag vor. Sie betont den ausdrücklichen Wunsch nach separaten Aktionswochen gegen Antisemitismus und fordert die Stadt Aachen möge den Unterschied zwischen Rassismus und Antisemitismus in ihren Veranstaltungen klarer herausstellen. Der Antrag wird gemeinsam von fünf Organisationen getragen: der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e. V., den Omas gegen Rechts (vertreten durch Maria Kehring), dem Gedenkprojekt für die Opfer der Shoah aus Aachen e. V. (Bettina Offergeld), sowie dem Jungen Forum der DIG Aachen (Felix Kehren).

Die Antragstellenden unterstreichen die Bedeutung ihres Themas und wünschen, die Stadt Aachen möge Aktionswochen mit finanziellen Mitteln, Räumlichkeiten und gerne auch personellen Ressourcen unterstützen. Herr Dopatka dankt den Antragstellenden. Er bittet darum in der heutigen Diskussion nicht auf die Dynamik aktueller Konflikte einzugehen, dies führe im Sinne der Sache zu weit. Vielmehr sieht er die Diskussion als Grundlage, zu erläutern warum es eine Aufgabe der Stadt Aachen ist, die Menschen in unserer Stadt in Sachen Antisemitismus weiterzubilden und Menschen mit jüdischem Glauben zu schützen.

Richard Gebhardt, Pädagoge der VHS Aachen, erläutert die Position der Verwaltung. Er betont die besondere Bedeutung antisemitismuskritischer Bildungsarbeit, insbesondere in der derzeitigen politischen Lage. Schon im gesamten Jahr 2025 bspw. widmet sich die vhs dem Thema Antisemitismus aus erinnerungskultureller Perspektive mit Fokus auf aktuelle Konfliktlinien. Vergangene Beispiele sind u.a. die Lesung „Judenhass Underground“ am 12. März 2025 und der Vortrag „Antisemitismus und Rassismus als Weltbilder“ am 20. März 2025. Die Veranstaltungen werden fortgesetzt.

Die vhs befürwortet grundsätzlich die Beteiligung der Stadt Aachen an den von der Amadeu-Antonio-Stiftung initiierten Bildungs- und Aktionswochen. Gleichzeitig weist sie auf begrenzte finanzielle, wie auch personelle Kapazitäten hin: Das Bundesprojekt „Demokratie leben! Aachen“ endete am 31. Dezember 2024 und wird in der Stadt Aachen nicht weitergeführt. Die Städteregion Aachen führt das Projekt jedoch fort, hier kann Unterstützung beantragt werden.

Das Landesprojekt „NRWeltoffen Aachen“ arbeitet mit festen Projektmitteln bis Ende 2025. Es besteht keine Kapazität für die Koordination der Aktionswochen. NRWeltoffen Aachen koordiniert zudem die Internationalen Wochen gegen Rassismus, in deren Rahmen auch Antisemitismus thematisiert wird.

Die vhs unterstützt ausdrücklich, dass zivilgesellschaftliche Bündnisse die Durchführung der Aktionswochen übernehmen. Die vhs selbst kann ab 2026 beratend partizipieren, jedoch nicht die Koordination übernehmen. Des Weiteren bittet Gebhardt darum, die zeitliche Nähe der bundesweiten Aktionswochen (9. Oktober bis 9. November) zu den Veranstaltungen zum Pogromnachtgedenken zu berücksichtigen um Überschneidungen und Konkurrenz in der öffentlichen Wahrnehmung zu vermeiden.

Frau Paul betont, dass keine inhaltliche Redundanz zu den bestehenden Gedenkveranstaltungen anlässlich der Reichspogromnacht vorliegt. Darüber hinaus fordert Sie, im städtischen Haushalt einen eigenen Ansatz für die Antisemitismuserbeit zu verankern.

Herr Dopatka empfiehlt, zunächst eine Klärung sowie einen Austausch zwischen Verwaltung und Antragstellenden herbeizuführen, um die Grundlage für eine Beschlussfassung zu schaffen.

Esmar Rosenkranz, Vorsitzender des Jungen Forums der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Aachen, erkundigt sich nach den bisherigen Aktivitäten der Verwaltung im Bereich Antisemitismus. Er fordert, dass die Stadt in diesem Themenfeld stärker in die Pflicht genommen wird. Auch die weiteren Antragstellenden fordern, dass die Stadt finanzielle Mittel zur Verfügung stellt. Sie heben die besondere Wichtigkeit des Themas hervor und betonen, dass sich die Stadt ausdrücklich zu einer aktiven Antisemitismuserbeit bekennen soll.

Herr Baal weist auf die besondere Brisanz des Antisemitismus hin und befürwortet den Vorschlag von Herrn Dopatka, einen belastbaren Beschluss in einem zuständigen Ausschuss zu fassen. Er spricht sich zudem dafür aus, dass die Stadt Aachen die Antisemitismuserbeit im Haushalt berücksichtigt. Aus Sicht seiner Fraktion sei es möglich, hierfür Mittel bereitzustellen. Zugleich betont er, dass alle Projekte sich klar gegen Antisemitismus verpflichten müssen.

Herr Hansen bemerkt, dass der Antisemitismus momentan zunimmt und sich in vielen Aussagen zeigt, die immer mehr als Judenfeindlichkeit erkennbar sind. Besonders auffällig ist die einseitige Berichterstattung. Deshalb müssen Stadt, Politik und Bürger\*innen jetzt handeln, auch wenn es bereits Initiativen und Projekte gibt die das Thema Antisemitismus beinhalten.

Ein Bürger findet das es wichtig ist, dass sich die Stadt selbst beteiligt und nicht die VHS „vorschickt“ und damit ein symbolisches Zeichen setzt. Er spricht sich dafür aus, einen besonderen Schwerpunkt auf Antisemitismus-Bildungsarbeit zu legen. Die Mitarbeitenden des Ordnungsamts bspw. könnten für Antisemitische Chiffren sensibilisiert werden und besonders im Bereich der Jugendhilfe sowie im religiösen Kontext ein Zeichen setzen. Frau Scheidt schlägt ein Bündnis gegen Antisemitismus vor, bei dem die Stadt die Schirmherrschaft trägt und finanzielle Unterstützung bietet. Sie zeigt sich bestürzt in Anbetracht der steigenden Antisemitismus Vorwürfe und sieht Unterstützung in Form von Räumlichkeiten und Finanzen ebenfalls als sinnvoll an. Somit schließt sie sich der Aussage von Herrn Baal an und wünscht einen Verweis des Themas in den Rat der Stadt Aachen um einen Beschluss zu fassen, der Gelder im Haushalt für Antisemitismus-Bekämpfung bereitstellt.

Herr Dopatka befürwortet einen entsprechenden Beschluss.

Herr Deumens befürwortet ausdrücklich, dass im Haushalt Gelder für Projekte gegen Antisemitismus bereitgestellt werden. Dies entspricht seiner klaren Position gegen Antisemitismus.

Herr H., ein Vereinsmitglied, sieht es als Aufgabe der Stadt, einen entsprechenden Beschluss in den Rat einzubringen.

Herr Hucke spricht sich ebenfalls für einen solchen Beschluss aus, wünscht diesem allerdings noch die Option der städtischen Schirmherrschaft hinzuzufügen. Die Stadt Aachen solle so ein Bekenntnis zeigen aber auch räumliche und finanzielle Mittel bereitstellt. Dies spiegelt den erkennbaren Willen des Ausschusses wider.

### **Beschluss:**

Das Bürgerforum unterstützt den Bürgerantrag, nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und verweist den Antrag zur weiteren Behandlung in den Rat der Stadt Aachen. Das Bürgerforum empfiehlt dem Rat

haushalterische Mittel für entsprechende Bildungswochen einzuplanen und eine städtische Schirmherrschaft in Betracht zu ziehen.

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig angenommen

**Zu 4.3      Bürger\*innenantrag: Wilder Müll im Ostviertel  
                 geändert beschlossen  
                 E 18/0291/WP18**

Die Antragstellerin Frau B. schildert, dass die Vermüllung im Ostviertel trotz der Bemühungen der Stadtbetriebe zunimmt und die Lebensqualität der Anwohner\*innen erheblich beeinträchtigt. Im Jahr 2024 wurden zwar rund 380 Verursacher ermittelt, eine Verbesserung sei jedoch nicht spürbar. Als Ursachen nennt sie Bequemlichkeit, fehlendes Verantwortungsbewusstsein, Sprachbarrieren, unzureichende Entsorgungsmöglichkeiten für Menschen ohne Auto sowie die Kosten für Sperrmüll.

Das Konzept der Antragstellerin „erkennen – benennen – handeln“ umfasst eine Bestandsaufnahme der Müll-Hotspots, die Gründung einer „AG Müll-Offensive AC Ost“ mit Beteiligung von Verwaltung, Stadtbetrieben, Politik und lokalen Institutionen sowie mehrsprachige Aufklärungskampagnen. Konkret schlägt sie mobile Infostände, mobile Entsorgungsstellen für Sperr- und Elektroschrott, die Abschaffung der Sperrmüllgebühren in Brennpunkt-bereichen sowie Hinweisschilder in mehreren Sprachen vor. Zur besseren Durchsetzung fordert sie verstärkte Kontrollen, Videoüberwachung und eine konsequentere Ahndung von Wiederholungstätern.

Ziel sei es, niedrighschwellige Entsorgungsmöglichkeiten zu schaffen, die Anwohner\*innen stärker einzubeziehen und so das Problem des wilden Mülls im Ostviertel wirksam einzudämmen.

Zur besseren Durchsetzung von Strafen schlägt sie verstärkte Kontrollen, den Einsatz von Videoüberwachung oder Wildtierkameras sowie die Beauftragung externer Sicherheitsdienste vor. Bußgelder müssen ihrer Meinung nach konsequenter durchgesetzt und bei Wiederholungstätern erhöht werden. Als Beispiele verweist sie auf andere Städte: In Ulm etwa würden mehrsprachige Schilder eingesetzt, in Offenbach habe eine Kombination aus Maßnahmen zu hohen Bußgeldeinnahmen geführt, und in Gelsenkirchen würden bspw. herrenlose Einkaufswagen systematisch eingesammelt und die Händler an den Entsorgungskosten beteiligt.

Frau B. appelliert anschließend eindringlich an das Gremium, zeitnah ein Zeichen zu setzen und einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Herr Dopatka entschuldigt die Abwesenheit von Frau Wolf, Entsorgungsmanagerin des Aachener Stadtbetriebs (E18). Sie stehe für Rückfragen zur Verfügung und sei bereit, einen Vor-Ort-Termin im Ostviertel durchzuführen. Er übergibt das Wort an Frau Burgdorff, Stadtbaurätin, Dez. III. Sie betont, dass das Thema Müll und dessen Beseitigung ernst genommen werde. Es gebe bereits viele neue Projekte, und die Verwaltung sage zu, sich weiterhin intensiv um die Problematik zu kümmern.

Die Antragstellerin Frau B. zeigt sich irritiert darüber, dass es nicht vorwärts gehe. Bereits in der letzten Wahlperiode vor mehreren Jahren habe sie bereits die Gelegenheit gehabt, mit dem damaligen Oberbürgermeister Marcel Philipp über die Negativentwicklung im Viertel zu sprechen.

Herr Dopatka verweist auf das Angebot eines Vor-Ort-Termins mit Frau Wolf und betont, dass solche Termine häufig zu sehr konkreten Ergebnissen führen. Die Geschäftsführerin des Bürgerforums wird die Planung eines solchen Abstimmungstermins übernehmen.

Frau Conradt begrüßt den Antrag und erkundigt sich nach mehrsprachigen Informationen zur Mülltrennung. Sie sei der Meinung gewesen, dass es so etwas bereits gebe. Sie regt an, Kitas und Schulen stärker in die Aufklärung einzubeziehen und die Müllsammeltage auf mehrere Wochentage auszuweiten. Außerdem schlägt sie vor, die Empfehlungen der Bezirksvertretung Aachen-Mitte (B0) zu übergeben und Vertreter\*innen der B0 ebenfalls zum Abstimmungstermin, bspw. in Form eines Runden Tisches einzuladen, bei dem die Antragstellerin als

Expertin beteiligt wird.

Frau Wallraff berichtet, dass Anwohner\*innen im Ostviertel über die Sichtung zahlreicher Ratten klagen. Sie spricht sich dafür aus, die Bürgerbeteiligung zu fördern, beispielsweise durch die Einrichtung des von Frau Conrad genannten „Runden Tisches“.

Eine Bürgerin aus dem Frankenberger Viertel äußert, dass trotz der intensiven Arbeit des Aachener Stadtbetriebs auch in Ihrem Viertel vermehrt wilder Müll auftrete. Sie befürwortet einen Zusammenschluss der Viertel aufgrund der räumlichen Nähe und plädiert dafür, das Bewusstsein der Menschen für Respekt und Sauberkeit im öffentlichen Raum zu stärken. Die Aktion solle nicht nur im Ostviertel, sondern auch im Frankenberger Viertel umgesetzt werden, beispielsweise in Zusammenarbeit mit Gastronomen, um den Einsatz von To-Go-Produkten zu reduzieren und so die Lebensqualität zu verbessern.

Frau S., Bewohnerin des Ostviertels, bezeichnet das Viertel aktuell als Brennpunkt. Sie berichtet von häufig herumstehenden Einkaufswagen und kritisiert, dass eine konsequente Strafverfolgung nicht erfolge. Gleichzeitig lobt sie die Arbeit der Stadtreinigung. Sie verweist auf zusätzliche Problemlagen des Viertels, wie Migration, geringe Bildung und eingeschränkte finanzielle Möglichkeiten vieler Anwohner\*innen.

Frau Scheidt betont, dass die Identifikation mit dem eigenen Viertel gefördert werden müsse, unabhängig von Migrationshintergrund oder finanzieller Situation. Sie weist darauf hin, dass Müllprobleme nicht nur im Ostviertel, sondern in der ganzen Stadt auftreten, und kritisiert die Nachlässigkeit mancher Menschen, die zu einem erhöhten Reinigungsaufkommen führen. Sie spricht sich gegen den Einsatz von Kameraüberwachung aus, befürwortet jedoch eine Überprüfung der Situation vor Ort und wünscht Austauschveranstaltungen mit den Anwohner\*innen.

Frau B., die Antragstellerin, zeigt Verständnis für die Situation einkommensschwacher Haushalte ohne Auto und das damit verbundene Entsorgungsproblem. Sie fordert daher nochmals nachdrücklich das Aufstellen mobiler Container für Sperrmüll und Elektroschrott.

Frau S. berichtet, dass sich im Ostviertel täglich riesige Mengen Müll ansammeln. Sie spricht sich für Informationsveranstaltungen und die genaue Ermittlung der Ursachen aus, um darauf aufbauend weitere Maßnahmen einzuleiten. Als Beispiel nennt sie Einkaufswagen, die mit Chip- oder Magnetsystemen gesichert werden könnten, um ein Entfernen aus dem Supermarktumfeld zu verhindern. Zudem befürwortet sie kostengünstige Alternativen wie Hinweisschilder.

Herr Dopatka betont die Bedeutung des Themas und befürwortet die Sensibilisierung der Bevölkerung durch Schilder. Er weist jedoch darauf hin, dass viele Maßnahmen allein nicht ausreichen, um das Problem nachhaltig zu lösen. Es bestehe die Gefahr, dass staatliche Strukturen nicht richtig funktionieren und antidemokratische Tendenzen entstehen könnten. Das Thema Stadtsauberkeit sei in vielen Parteiprogrammen verankert. Er schlägt vor, die Ergebnisse in den zuständigen Ausschüssen weiter zu bearbeiten.

#### **Beschluss:**

Das Bürgerforum unterstützt den Bürgerantrag und empfiehlt der Verwaltung einen Runden Tisch mit Verwaltungsexpert\*innen, Der Bezirksvertretung Aachen-Mitte, Politiker\*innen und den Antragstellenden zu organisieren.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig angenommen

Anlage 1 2025-05-06\_Bürgerantrag Wilder Müll im Ostviertel\_anonym

Anlage 2 Präsentation Wilder Müll

**Zu 4.4 Flexibilisierung der Sondernutzungsgenehmigung Außengastronomie; Bürgerantrag nach § 24 GO NRW vom 25.02.2025 geändert beschlossen  
FB 61/1144/WP18**

Herr Michael Koltun, Antragsteller, berichtet über die Situation mit seinem Bistro Ma´Loa in der Krämerstraße 4. Seine Anträge auf eine Sondernutzungsgenehmigung auf der Außenfläche hinter seinem Lokal in Richtung Katschhof, für einige wenige Tische und Stühle, wurde bisher abgelehnt, unter anderem mit der Begründung, die beantragte Fläche diene als Ruheort. Herr Koltun verweist auf die Sichtung vieler Menschen und bestehender Gastronomieflächen in der Nähe. Auch berichtet er, er habe bereits einen Brief an Frau Keupen geschrieben, in dem er eine weitere Begründung gegen die Erlaubnis (Lieferweg) hinterfragte. Er betont, dass er seit über zwei Jahren für eine Lösung kämpft und in diesem Jahr einen Antrag beim Bürgerforum einbrachte um die generelle Attraktivität der Innenstadt durch Außengastronomie zu erhöhen.

Herr Dopatka übergibt das Wort an Frau Burgdorff, Stadtbaurätin Dezernat VI, die die Stellungnahme der Verwaltung erläutert. Sie wird dabei von Herrn Daniel Schuster, Fachbereichsleitung Vertrags-, Vergabe- und Fördermittelmanagement, unterstützt.

Frau Burgdorff erklärt, dass die Sondernutzung öffentlicher Flächen, insbesondere am Katschhof, im Spannungsfeld zwischen Sicherheit, Denkmalpflege und Stadtgestaltung zu beurteilen ist. Der Katschhof wird grundsätzlich als „ruhiger Ort“ bewertet, gleichzeitig finden dort regelmäßig Veranstaltungen statt, die den Einsatz der Flächen als Flucht- und Rettungswege erfordern. Eine dauerhafte gastronomische Nutzung ist daher nur zeitlich befristet möglich und bedarf jedes Mal einer gesonderten Genehmigung.

Die Verwaltung betont, dass Sicherheit und Denkmalpflege vorrangig sind und eine Zustimmung zur Sondernutzung nur erfolgen kann, wenn das Erscheinungsbild dessen zum Dom passt. Für die zukünftige Außengastronomie am Katschhof wird ein Konzept erarbeitet, das die Leitlinien Außengastronomie und eine Gestaltungssatzung umfasst. Diese Regelungen berücksichtigen unter anderem Höhe, Aussehen und Material der Ausstattungselemente im Kontext des UNESCO-Weltkulturerbes Aachener Dom. Ziel ist es, eine hochwertige, stimmige Gestaltung zu gewährleisten, die Barrierefreiheit, Klimafreundlichkeit und stadtgestalterische Anforderungen verbindet. Frau Burgdorff weist darauf hin, dass die rechtlichen und personellen Kapazitäten für eine sofortige Genehmigung einzelner Sondernutzungen derzeit nicht vorhanden sind. Die endgültige Bewertung erfolgt im Rahmen der laufenden Fortschreibung der Leitlinien Außengastronomie, wobei auch die städtebaulichen und denkmalpflegerischen Aspekte des Katschhofs berücksichtigt werden.

Herr Baal spricht zur Diskussion über die Sondernutzung am Katschhof. Er erinnert an die damalige Einführung der Treppe, die dazu dient, den Dom erlebbar zu machen, und bezeichnet den Katschhof als das Herz der Stadt, an dem zahlreiche Veranstaltungen stattfinden. Er wünscht, dass sich die Verwaltung die Katasterfläche Katschhof mit den einzelnen Flurstücken nochmal genau ansieht. Er persönlich kann nicht nachvollziehen warum die eine Seite des Katschhofs gastronomisch bespielt werden darf, die andere Seite aber nicht, wo es sich seiner Meinung nach doch um selbes Flurstück handele. Dementsprechend müssten die Rahmenbedingungen für die Flächen vor dem Centre Charlemagne und vor den Geschäften der Krämerstraße dieselben sein. Herr Baal wünscht sich generell mehr gastronomische Nutzung außerhalb der Tage, an denen die beantragte Fläche als Fluchtweg aufgrund von Großveranstaltungen benötigt wird. Er hebt hervor, dass die Krämerstraße eine frequentierte Gasse darstellt, und unterstützt die Realisierung des Wunsches des Herrn Koltun, unter der Voraussetzung, einer gewissenhaften Abwägung der verschiedenen Belange, im Hinblick auf unser UNESCO-Weltkulturerbe Aachener Dom inkl. Katschhof. Die Außengastronomie sieht er als Chance, öffentliche Plätze erlebbar zu machen und die Aufenthaltsqualität zu steigern.

Herr Huckle schließt sich den Ausführungen von Herrn Baal an und betont die Brisanz des Themas im Kontext des laufenden Wahlkampfs. Er vertritt die Ansicht, dass Gastronomie und das UNESCO-Weltkulturerbe miteinander vereinbar sein sollten. Die Diskussion über eine mögliche Ausweitung der Außengastronomie sieht er als Aufgabe des Planungsausschusses und befürwortet einen sachlichen Diskurs, um Gastronomie in einem verträglichen Maß einzuführen. Er hebt hervor, dass große Veranstaltungen positiv zu bewerten sind, gleichzeitig aber die Ruhe und konsumfreie Zone des Katschhofs erhalten bleiben müsse. Herr Huckle warnt davor, den ruhigen Charakter des Katschhofs zu verlieren, und unterstützt die laufende Bearbeitung der Leitlinien Außengastronomie für diesen Bereich.

Herr Dopatka weist auf juristische Feinheiten hin, die bislang nicht abschließend geklärt seien. Er erläutert, dass sowohl der Ratskeller oberhalb der Treppen als auch das Centre Charlemagne über Flächen verfügen, die gastronomisch genutzt werden, wodurch die Begründung des Grundkonzepts Weltkulturerbe nicht eindeutig sei. Er

macht deutlich, dass, wenn man einer Fläche gastronomische Nutzung verbiete, möglicherweise auch die anderen Flächen überdacht werden müssen, da deren private Verpachtung zwar juristisch korrekt, für die Öffentlichkeit aber schwer nachvollziehbar sei. Gleichzeitig betont er seine Zustimmung zu Herrn Huckes Einschätzung, dass der Katschhof nicht zu einem „Ballermann“ werden dürfe.

Herr Hansen fordert, dem Antragsteller Planungssicherheit zu bieten und betont, dass die Öffnung der Gastronomie die Innenstadt belebt und attraktiv macht. Er sieht darin eine wunderbare Bereicherung für das Stadtleben und spricht sich dafür aus, dem Antragsteller zur nächsten Saison eine konkrete Perspektive für die Außengastronomie zu bieten.

Frau Burgdorff verdeutlicht für die Anwesenden Bürger\*innen, dass das Bürgerforum keine Empfehlungen für konkrete Genehmigungen aussprechen kann. In heutigem Diskurs gehe es um die Anwendung der Sondernutzungssatzung. Sie empfiehlt, die Satzungen insgesamt zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen, um künftige Entscheidungen transparenter und rechtssicher zu gestalten. Sie stellt eine zeitlich befristete Ausnahmegenehmigung für Herrn Koltun zur Saison 2026 in Aussicht. Dies werde im Fachbereich überprüft.

Herr Koltun zeigt sein Unverständnis darüber, dass die beantragte Außengastronomie derzeit nicht genehmigt werden kann. Er sagt, dass verschiedene Gründe genannt werden, die zur Ablehnung führen. Mal ist der Fluchtweg wichtig, mal der Schutz der ruhigen Umgebung des Katschhofs, mal der Lieferverkehr. Für ihn erschwert diese Vielzahl an Begründungen die Nachvollziehbarkeit der städtischen Entscheidung.

Herr Baal unterscheidet zwischen öffentlichem und nichtöffentlichem Recht. Er erläutert, dass das öffentliche Recht so angepasst werden müsste, dass die Verwaltung Entscheidungen über Sondernutzungen aussprechen kann. Die politische Meinung zu dem Thema sei seiner Ansicht nach jedoch klar.

#### **Beschluss:**

Das Bürgerforum nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und verweist den Antrag zur weiteren Beratung in den Planungsausschuss

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig angenommen

### **Zu 5      Mitteilungen der Verwaltung**

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldung.

### **Zu 6      Verschiedenes**

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 22:07h

Mathias Dopatka  
Ausschussvorsitzender

Hina Khan  
Schriftführerin

Sibylle Keupen  
Oberbürgermeisterin